Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 19 (1969)

Heft: 1

Artikel: Zu einer Kritik : "Lenin, unbekannte Briefe 1912-1914"

Autor: Haas, Leonhard

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-80618

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MISZELLEN MÉLANGES

ZU EINER KRITIK: «LENIN, UNBEKANNTE BRIEFE 1912—1914»

Von Leonhard Haas

Die von mir im Frühjahr 1967 herausgegebenen 24 unbekannten Briefe von Uljanow und dessen Frau aus den Jahren 1912 bis 1914 (Benziger Verlag & Co., Einsiedeln/Zürich/Köln) haben bei Forschern und Publizisten im allgemeinen interessierte und gute Aufnahme gefunden (unter anderem bei Prof. G. Katkov, Oxford; Prof. St. Carlsson, Upsala; Prof. P. Stadler, Zürich; Prof. A. E. Senn, Madison, Wis.; Lehrbeauftragter Dr. E. Kux, Zürich [NZZ, 10.7.67, Nr. 2533]; «Die Zeit», Hamburg, 3.11.67, Nr. 44; «Die Welt der Literatur», Hamburg, 25.5.67; Deutschlandfunk/Köln, 4.6.67 und Bayerischer Rundfunk/München, 30.10.67). In allen Verlautbarungen wurde anerkannt, daß die genannten Briefe eine für die Kenntnis des Lebens Lenins bisher schmerzlich empfundene Lücke schließen und daß dies ganz besonders für die Betriebsamkeit und Umsicht des Revolutionärs und für die Geschichte der bolschewistischen Fraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) sowie für die bedeutende Schmidtsche Erbschaft gilt. Dem Vernehmen nach hat man in Moskau vor, diese Briefstücke in die letzte, das heißt in die 5. russische Gesamtausgabe der Werke Lenins (Sotschinenija) aufzunehmen; diese selbst dient als Grundlage für die Übersetzungen der Sotschinenija in viele andere Sprachen. Man wird überhaupt nur noch wenige verschollene Briefe Uljanows auffinden können. Begreiflicherweise konnte im Kommentar und in den Anmerkungen zu den Briefen nur das Allernötigste mitgegeben werden, da angenommen werden durfte, daß die von Uljanow in seinen Schreiben aufgeworfenen Probleme den Kennern ohnehin im großen und ganzen vertraut sein müssen. Die von M. Vuilleumier in der SZG 18, 1968, S. 357ff., vorgebrachte Kritik an meiner Arbeit bietet eine willkommene Gelegenheit, nun das und jenes nachzuholen. Vorerst einige Präzisierungen zu gewissen spezifischen Vorbehalten des Rezensenten in der SZG.

1. In Tat und Wahrheit sind die historisch wichtigen Briefe, auf die es ankommt, jene, die über Lenins Bemühungen um den Erwerb der Schmidtschen Erbschaft neue Fakten vermitteln. Sie enthüllen Vorgänge, die wirklich stattfanden. Lenins Brief Nr. 23 vom Mai 1914, auf den der Rezensent ablenkt, kann nicht das interessanteste Schriftstück sein; Uljanow berührt darin nur kurz und in üblicher Redeweise die Taktik, die auf dem für August 1914 vorgesehenen Sozialistenkongreß in Wien einzuschlagen gewesen wäre. Da dieser Kongreß wegen des Kriegsausbruchs nicht abgehalten werden konnte, geht der Briefstelle irgendeine markante Bedeutung ab.

2. Mein Problemkreis bewegt sich nur innerhalb Ende Februar 1912 und Ende Juli 1914. Folglich resümierte ich auf einer einzigen Seite (von 20) die Finanzpraktiken der russischen Revolutionäre seit dem Ausgang der 1. Russischen Revolution (von 1905) bis nahe heran zum Datum des ersten von mir editierten Lenin-Briefes, das heißt bis zum 26. Februar 1912. Die deutschen Hilfen an Lenin liegen außerhalb meines Themas und werden nur mit einem Schlußsatz gestreift. Es lag kein Grund vor, mich auf die Abhandlung von Leo van Rossum (A propos d'une biographie de Parvus. In «Cahiers du Monde russe et soviétique», Bd. 8 (Paris 1967), S. 244ff.) zu berufen; diese war im Zeitpunkt meiner Briefedition noch gar nicht erschienen.

3. Den Vorwurf, ich berufe mich zu ausschließlich auf die Werke von Possony und Wolfe, weise ich zurück. Ich stützte mich besonders auf Possony *und auf Schapiro*, und zwar weil diese zwei Forscher am ausführlichsten über die Frage der Geldbeschaffung der russischen Revolutionäre berichten. Ich hätte mich ebensogut auf *Louis Fischer* (The Life of Lenin. Deutsche Fassung: Köln 1965) und auf den Harvard-Professor *A. B. Ulam* (The Bolsheviks. The Intellectual and Political History of the Triumph of Communism in Russia. New York/London 1965) beziehen können. George F. Kennan (ehemals US-Botschafter in Moskau, dann Gastprofessor in Princeton, N.J.) bewertete Fischers Lenin-Buch als «ein Standardwerk der historischen Literatur». Und Saturday Review schrieb: «Die bisher beste Lenin-Biographie. Ein unübertreffliches Werk.» Zudem The New York Book Review: «*Die* Biographie Lenins.» *Ulam* lehrt in Harvard zwar seit 1959 «government», aber er gilt als ein verläßlicher, wohlbeschlagener Geschichtsforscher. Er ist auch Verfasser des bekannten Buches «The Unfinished Revolution» (1960). Ihm steht das erstklassige Russian Research Center von Harvard zur Hand, und er wird mit Recht als dessen bester Kopf angesehen. Er ist von 1953–1955 am Center for International Studies beim Institute for Technology of Massachusetts tätig gewesen. Allerdings macht er oft den Eindruck, praktischer Erfahrung allzu sehr zu ermangeln. Zu Deduktionen und Deutungen wagt er sich aus lauter Vorsicht – und vielleicht Taktik – denn auch meist nicht vor. Trotz seiner polnischen Herkunft ist ihm die östlich-kommunistische Geistesart zutiefst fremd. Ulam ist der umsichtige Gelehrte, ohne eigentlichen politischen Erlebnisschatz. *Louis Fischer* ist daneben eine ganz andere Gestalt. Wohlbekannter Journalist und politischer Schriftsteller,

hat er um ein Dutzend Bücher verfaßt, unter anderem das erste Standardwerk über sowjetische Außenpolitik (The Soviets in World Affairs. 2 Bände, London 1930. Tschitscherin und Litwinow sollen dem Autor bei der Abfassung zur Seite gestanden sein). Er hat aber auch schon als Gastprofessor an der Universität von Princeton und an der Woodrow Wilson School am Katheder gewirkt. Fischers Lenin-Biographie ist weniger als historiographische Leistung zu bewerten denn als sehr aufschlußreiches Memoirenwerk, dies, weil der Verfasser während 14 entscheidenden Jahren in der Sowjetunion gelebt haben soll und somit Lenin und andere führende Bolschewiki noch selbst am Werke gesehen hat. Er hat von hochgestellten Kommunisten wichtige vertrauliche Mitteilungen erhalten, wie überhaupt weitverzweigte persönliche Bekanntschaften ihm zustatten kamen. Man lese nur etwa die letzten hundert Seiten seines Lenin-Buches nach, um sich vom Wert seiner Aussagen zu überzeugen! Sein politisches Credo verleitet ihn mitunter, gewisse Vorgänge in Lenins Leben als Bagatellen abzuwerten oder überhaupt zu verschweigen, doch wäre er ehrlich genug, wenn direkt darauf angesprochen, die Tatsachen zuzugeben. Fischer galt zeitweise als prokommunistisch (eher stalinistisch als trotzkistisch). So unternahm er 1936 ausgedehnte Reisen in Spanien. Er wird noch heute als Linksliberaler angesehen, der bei der nicht-kommunistischen Linken Amerikas als einen der ihrigen gilt und auch als deren führender Fachmann beansprucht wird. Fischer ist somit nicht Historiker, aber alles deutet darauf hin, daß er, wenn auch im Rahmen seiner politischen Bindung, gewissenhaft arbeitet.

Aber wer ist *Schapiro?* Dieser Autor von der London School of Economics and Political Science verfaßte sein Buch «Geschichte der kommunistischen Partei der Sowjetunion» 1961 im Auftrag des «Research Program on the History of the CPSU» (Communist Party of the Soviet-Union) von der «Ford Foundation». Dabei standen ihm sonst unzugängliche Mikrofilme über Ergebnisse von Forschungsaufträgen und Memoiren sowie die Manuskripte Nikolajewskis, «einer umfangreichen Sammlung grösstenteils unveröffentlichter Dokumente..., die sich auf die vorrevolutionären Jahre der Partei (SDAPR) beziehen», zur Verfügung. (Über *Nikolajewski* sagt Schapiro aus, dieser sei «eine lebende Enzyklopädie der russischen sozialdemokratischen Bewegung». L. Fischer, S. 817: «Nikolajewski ist zweifellos der größte Experte der westlichen Welt für die Sowjetpolitik und Marx; sogar Moskau hat über seine menschewistische Vergangenheit hinweggesehen, um sich seiner Gelehrsamkeit zu bedienen.») Jedenfalls kann man Boris Nikolajewski als den intimsten Kenner der Geheimgeschichte des Bolschewismus ansehen. Schapiro bekennt, er sei insofern noch besonders begünstigt gewesen, «als ein ganzer Sternenhimmel hervorragender Gelehrter auf dem Gebiet der sowjetischen Forschung sich geneigt erwies, mein Manuskript... zu lesen und zu kommentieren». Er nennt dabei unter anderem bekannte Autoritäten wie Prof. Katkov, Prof. Fainsod, Prof. Seton-Watson, Bertrand D. Wolfe, erklärt aber ausdrücklich, er halte darauf, für die Auslegungen der Tatsachen

selbst verantwortlich zu sein. *Schapiro* ist unbestritten der führende Historiker des Kommunismus unter den englischen Sowjetologen. Er kennt die bolschewistische Parteigeschichte am gründlichsten und paart damit eine anderswo seltene, klare Einsicht in die Zusammenhänge zwischen revolutionärer Politik und politischer Kriegführung. In den vielen Arbeiten über sein Spezialgebiet tritt starke Urteilskraft und unbesorgte, ehrliche Offenheit zutage. Er scheut sich nicht, die Dinge beim Namen zu nennen. Schapiro verdient, von den drei hier vorgestellten Kennern der Materie als der beste Sachverständige angesehen zu werden.

4. Die damalige Lage der russischen Arbeiter ist allzu bekannt als daß sie, namentlich nach dem mißlungenen Revolutionsversuch von 1905, hervorgehoben zu werden brauchte. Zudem schreibt L. Fischer: «Das Einkommen der Partei (SDAPR) aus Mitgliedsbeiträgen war minimal» – begreiflich, da die materielle Lage der russischen Arbeiter im allgemeinen ja so schlecht war. Ferner: Es fanden im Januar und Februar 1906 nicht weniger als über 200 Raubüberfälle der Revolutionäre statt. Übrigens fanden parteioffizielle und inoffizielle einfache Raubzüge statt (und nicht alle revolutionären Gruppen führten solche «Expropriationen» durch, wie es der Rezensent behauptet). Darüber müssen in sowjetischen Archiven Gerichtsakten vorliegen. Sind diese Quellen ungehindert und ungeschmälert zugänglich? So viel man weiß nicht. Außerdem: Die Scheinehen von Bolschewisten aus politischen Motiven werden auch von L. Fischer (S. 96) und Schapiro (S. 124/125) sowie von Ulam (S. 280) als sichere Tatbestände erwähnt[1].

---

[1] Possony, S. 144/145, schildert zum Beispiel die beim Erbschaftsfall Schmidt angewandte Praktik wie folgt: «Schmidts Geld erbte ein jüngerer Bruder, der dem Wunsch seines verstorbenen Bruders, die Bolschewiki mit Geld zu unterstützen, entsprochen haben soll. Es heißt, er habe das Geld auf die Namen seiner Schwestern Katharina und Elisabeth überschrieben, die dann die Transaktion vornehmen sollten. Elisabeth sollte das Geld sofort überweisen. Da sie aber – so berichtete die Krupskaja – noch nicht mündig war, kam man überein, «eine Scheinheirat zu arrangieren». Die «Scheinheirat» wurde mit einem gewissen Ignatew vollzogen. Er war Mitglied der bolschewistischen Kampfgruppe, der Spezialisten für Raubüberfälle. Der offizielle Ehegatte gab seine «Zustimmung» zu der Übertragung des Geldes auf die Partei. Das zu jenem Zeitpunkt etwa 17jährige Mädchen soll nach Angaben der Krupskaja «die Frau eines anderen Bolschewiken, nämlich Viktor Taraturas», gewesen sein. Sie konnte ihren «wahren» Mann jedoch nicht gesetzlich heiraten, da er von der Polizei gesucht wurde. Lenin beauftragte einen dritten Bolschewik, Nikolai Andrikanis, der älteren Schwester den Hof zu machen. Dieser ehrenwerte Freier begann jedoch ein Verhältnis mit dem Mädchen und erklärte, er werde nur ein Drittel ihres Anteils herausgeben. Als man ihm mit Gewalt drohte, ließ sich Andrikanis zu einem Kompromiß herbei und zahlte die Hälfte der Summe... Ein moralisch denkender Bolschewik beklagte sich bei Lenin über Viktor und bezeichnete ihn als einen Schuft. Lenin erwiderte, die Partei sei kein Mädchenpensionat und man könne die Revolution nicht mit Glacéhandschuhen verwirklichen. Ein Schurke wie Viktor könne von Nutzen sein, gerade weil er ein Schurke sei. Viktors größter Vorteil sei es, daß «er vor nichts zurückschrecke. Würden Sie sich – seien Sie ehrlich – von der Frau eines reichen Geschäftsmannes aushalten lassen? Nein! Ich auch nicht, ich könnte den Ekel nicht überwinden. Aber Viktor hat es fertiggebracht und bessert so die Finanzen der Partei auf. Er ist unersetzlich». Possony nennt als Quellen dazu den Bericht von Schapiro (S. 102 [englische Ausgabe]) sowie Wojtinski, *Wehe den Besiegten*. Berlin 1933. S. 67.

5. Lenin und Moor kannten sich schon seit dem Amsterdamer Sozialistentreffen von 1904. Durch den seit 1898 in Bern ansässigen Vertrauten Schklowski war Lenin im Bild über seinen Schweizer Freund Moor, das heißt über dessen windigen Charakter: die Sittlichkeits- und Betrugsaffären in Basel und Bern, überhaupt den ganz sybaritischen, unproletarischen Bonvivant-Lebensstil, die Messerstecherei und Schlägerei, die parteiinterne Willkürherrschaft mit den zwei von Moor verursachten Berner Parteispaltungen von 1896 und 1903 im Gefolge, die liederliche Führung der Redaktionsgeschäfte bei der «Berner Tagwacht» mitsamt der unsozialen Behandlung seiner Mitarbeiter, die Verräterei an verdienten Parteigenossen, und auch die große Erbschaft Moors von 1908 aus dem Besitz des feudalen Stiefvaters und Radetzky-Obersten Freiherrn von Buirette (Grund, weshalb die Berner Arbeiter den reichen Villabesitzer im bürgerlichen Stadtquartier als «Millionär Moor» apostrophierten) und anderes mehr. Im Jahre 1917, als Lenin sich über den in Stockholm auf dem internationalen Sozialistentreffen weilenden Freund mit kritischen Fragen beklagte, mußte ihm bekanntgeworden sein, daß Moor sich dort ungeniert mit dem Spion Dr. Nasse vom Büro des Militärattachés Major von Bismarcks bei der deutschen Gesandtschaft in Bern gezeigt hatte. Moor betätigte sich damals als deutscher und österreichischer Agent. Er wollte zwischen dem Regime Kerenskis und dem Deutschen Reich einen Versöhnungsfrieden stiften, zu einer Zeit also, da Lenin noch den Kriegszustand Rußlands gegen die Mittelmächte nötig hatte, um seine eigene Revolution auf die Wege zu bringen. Einer der schwersten Vorwürfe der Gegner Moors im Schoße der Berner Arbeiterunion um die Jahrhundertwende lautete übrigens ausgerechnet, *Moor werde in den Ratskollegien des Stadt- und des Großrates von Bern nicht ernst genommen, und er sei unfähig, sich dort durchzusetzen*, trotz der mitunter brillanten Rhetorik. (Moor war seit 1897 in diesen Gremien Vertreter der Berner Sozialisten; bezeichnenderweise gelang ihm 1899 und 1902 nicht, auch in den Nationalrat aufzusteigen.) Lenin hatte somit allen Grund, sowohl Moors Fähigkeiten als auch dessen Loyalität in Zweifel zu ziehen, wie er das in seinen Briefen von 1913 und 1917 zum Ausdruck brachte (Lenin 1913: «Ist er [Moor] fähig für uns einzutreten (für 6 [Bolschewiki] gegen 7 [Menschewiki]) oder nicht?», und 1917: «Aber was für ein Mensch ist Moor? ist vollständig und absolut erwiesen, daß er ehrlich ist? daß er niemals direkt oder indirekt mit den deutschen Sozialimperialisten angebändelt hat oder das jetzt tut?»). Die von mir in Vorbereitung befindliche Moor-Biographie wird aus Akten nachweisen, daß Moor eifrig im Solde der Mittelmächte stand. Es wird sich zeigen, daß mit einer Gestalt wie Moor kein Staat zu machen war – was Lenin schon lange klar genug sein mußte – ihn aber nicht daran hinderte, sich von 1914 bis 1917 von seinem Schweizer Gefolgsmann mit Geld unterstützen zu lassen.

6. Auch mit Malinowski ließ sich nicht glänzen. Der Rezensent meint zwar: «Pourquoi prétendre également que c'est en connaissance de cause que Lénine a couvert le mouchard Malinowski (note 156), alors qu'aucun docu-

ment n'étaye une telle hypothèse?» Wie war es um Malinowski bestellt? Der Metallarbeiter Malinowski hatte Delikte begangen, «und mit diesem Druckmittel brachte ihn die [zaristische] Polizei [1911] dazu, Spitzeldienste zu leisten» (L. Fischer, S. 111). Sie gab 14000 Rubel aus, damit Malinowski 1912 in die Duma gewählt würde, weit mehr als seine eigene, bolschewistische Partei dafür aufbrachte, für ihn, der immerhin in der Parteigruppierung den 3. Rang einnahm. In der Folge entwickelte er sich im russischen Reichstag zu Lenins Genugtuung zu «fast einem zukünftigen Bebel»; aber die Reden und Anträge, die er dort einbrachte, waren gleichermaßen die Erzeugnisse des Polizeidirektors Bieletzki von der Ochrana wie Lenins selbst, indem beide Seiten zu den Entwürfen beitrugen (Possony, S. 178/179). Wirklich, Lenin war ein Mann «faisant objectivement le travail de la police tsariste»! «Daß er in solcher Weise zwei Herren zu dienen vermochte, lag natürlich an dem Umstand, daß Lenin und die russische Polizei das gleiche unmittelbare Ziel hatten, nämlich ein Höchstmaß von Zerwürfnissen und Uneinigkeit in der sozialdemokratischen Partei herbeizuführen» (Schapiro, S. 152/153). Ob Lenin von dieser Doppelrolle Malinowskis wußte, darüber fehlen noch Dokumente. Aber: Auf Anweisung der Polizei legte Malinowski am 8.5.1914 sein Duma-Mandat nieder, und «Lenin ging sofort zur Verteidigung Malinowskis über. Lenins Reaktion hätte wirklich die eines Mitwissers von Malinowskis Polizeiauftrag sein können» (ebenda, S. 153). Wie kam Lenin als erwiesener Skeptiker dazu, noch an Malinowskis Unbescholtenheit zu glauben? Malinowski ging nach Deutschland, geriet dort nach Kriegsausbruch in Gefangenschaft, betrieb jedoch daselbst bei seinen gefangenen Landsleuten unter Billigung der deutschen Amtsstellen subversive Propaganda und erhielt von Lenin aus der Schweiz Liebesgaben und revolutionäre Schriften zugeschickt (L. Fischer, S. 111). Wirft das nicht ein Licht auf Lenins Beziehungen zu Malinowski (und eigentlich auch zu den offiziellen Deutschen?). Nach der Oktoberrevolution fiel den Bolschewiki das Polizeidossier der Ochrana über Malinowski in die Hände; dennoch verlangte Malinowski, aus Deutschland nach Rußland heimkehren zu dürfen. Er erwartete dort zum mindesten Lenins Verständnis. «Wenn wir nicht annehmen, er sei geistesgestört gewesen, so muß er für diese Erwartung gute Gründe gehabt haben» (Possony, S. 179). Wäre Malinowski nur Polizeispitzel gewesen, so hätte er sicher nicht gewagt, dem Löwen in den Rachen zu springen. Malinowski wurde in Rußland vor Gericht gestellt. Er sagte aus, oft versucht zu haben, Lenin über die «Schändlichkeiten seines Vorlebens» aufzuklären, doch dieser habe sich geweigert, ihm Gehör zu schenken (Possony, S. 182). Ferner behauptete er, «Lenin habe von seinem, Malinowskis Polizeiauftrag wissen müssen, und bat darum, Lenin gegenübergestellt zu werden. Der bolschewistische Führer erschien nicht» (Schapiro, S. 111). Das Gericht hatte es eilig, den Angeklagten zum Tod durch Erschießen zu verurteilen. Das Urteil wurde vollzogen. «Was immer er [Malinowski] der Polizei für Dienste geleistet haben mag – seine Dienste an der Sache Lenins waren unbestreitbar» (ebenda, S. 152);

«es lag damals [1918] nicht in Lenins Interesse, den Ruf der Bolschewiki durch eine Verteidigung zu beschmutzen» (ebenda, S. 153). Und Prof. Ulam schreibt: «Malinowski . . . it is obvious, was not simply a cold-blooded police agent, but a man divided in his loyalties» (S. 298). Kurz, alles spricht dafür, daß Malinowski nicht nur ein «mouchard» war (wie der Rezensent annimmt) sondern ein Doppelagent. Malinowski hat während der hinter geschlossenen Türen geführten Gerichtsverhandlungen am 5.11.1918 eine sechsstündige Verteidigungsrede gehalten. Sie wurde nie veröffentlicht, noch weniger die Prozeßakten überhaupt! Das spricht für sich.

7. Über die Herkunft der heute im Bundesarchiv verwahrten, von mir veröffentlichten Briefe Lenins ließ sich im eidgenössischen Archiv kein Dokument finden; daher gab ich wenigstens die Briefe in Photokopien mit, auch weil damals Gründe vorlagen, vom Standort der Briefsammlung nichts zu vermelden. Zudem sind die hierseits liegenden Akten über Schklowski dürftig und substanzlos, so daß es aussichtslos wäre, «de reprendre la question sous un autre angle et d'étendre l'enquête aux autres relations de Chklovski». Man überschätzt bisweilen das, was die Akten der Bundesanwaltschaft aus jener Zeit der Forschung zu bieten vermögen.

*

Nun drängen sich noch eine Reihe allgemeiner, zum Teil grundsätzlicher Erwägungen und Fragen auf, die sich beim Herausgeber bereits im Laufe der Bearbeitung der genannten Lenin-Briefe einstellten. Da nun solche vom Rezensenten aus anderen Motiven vorgebracht werden, ist dabei etwas zu verweilen:

Der Rezensent klagt, Possony und Wolfe seien der «interprétations fort contestables» zu zeihen, und er fährt fort: «Si les deux historiens (Possony und Wolfe) de la Hoover Institution sont fort bien documentés, leur hostilité systématique les pousse à multiplier les hypothèses hâtives et peu fondées ainsi que les insinuations malveillantes qu'ils mêlent constamment à leur récit. Ils font ainsi de Lénine un homme sans scrupules, mêlé à de louches trafics d'argent, faisant objectivement le travail de la police tsariste et bénéficiant des fameuses subventions des services secrets allemands.» Der Kläger, meint, es wäre ratsam gewesen, «d'accueillir avec réserve de tels travaux et d'en éliminer tout ce qui relève de l'interprétation abusive». Dazu ist festzuhalten: *Possony*, ehemals Geschichtsprofessor an der Georgetown University in Washington D.C., hat sich m. W. 15 Jahre lang mit Lenins Lebensgeschichte abgegeben, bevor er sein Buch darüber schrieb. Es stehen ihm in der Hoover Institution das Ochrana-Archiv der Zweigstelle Paris sowie das «sehr umfangreiche, unschätzbare Material» der Nikolajewski-Dokumentation zur Verfügung. Außerdem hat Possony viele Zeugen einvernommen. Man muß nämlich wissen, daß die Hoover Institution das älteste Forschungsinstitut ist, das sich mit der russischen Revolution befaßt, wurde es doch schon 1919 gegründet. Seine Bibliothek stellt im Westen die größte Sammlung kommunisti-

scher Dokumente und Schriften sowie von Werken über den Kommunismus dar. *Wer hier arbeitet, hat Zugang zu den besten und reichhaltigsten Quellen über den Bolschewismus außerhalb der Sowjetunion.* Ähnliches könnte von *Wolfe* ausgesagt werden, der immerhin nacheinander Senior fellow der Slavic Studies an der Hoover Library in Stanford, dann dasselbe am Russian Institute an der Columbia University und schließlich Visiting professor of Russian history an der University of California gewesen war und sich durch eine Reihe gewichtiger Werke zur Sowjetgeschichte weltweite Anerkennung verschafft hat. Zu Wolfes Werk «Lenin, Trotzkij, Stalin. Drei, die eine Revolution machten» (Frankfurt a.M. 1965) hält H. Weber in seinem Forschungsbericht «Lenin und die Folgen» (in «Neue politische Literatur», Bd. 12, 1967, Frankfurt a.M.) fest: «Wolfes Buch ist bereits ein ‹Klassiker› der sowjetologischen Literatur und in den letzten 15 Jahren in mehreren englischen Ausgaben erschienen.» *Gerade weil Possony, Wolfe und andere westliche Forscher Erklärungsversuche wagen, sind ihre Lenin-Biographien für den kritischen Geschichtsbeflissenen wertvoll und anregend.* Fraglos: verläßt man sich auf so sachkundige Autoren und weltbekannte Autoritäten, so ist man gut beraten. Und wenn somit Schapiro und Louis Fischer im großen und ganzen die Sachverhalte so darstellen, wie sie unabhängig von ihnen auch Possony vorträgt, so fallen die gegen letztern von M. Vuilleumier erhobenen Vorbehalte dahin! Der Rezensent hingegen schweigt sich aus über die Historiker, denen er sich anzuvertrauen vorzieht.

Was die Hilfsgelder an die Leninisten angeht, so haben sie ihr Vorspiel in der finanziellen Unterstützung der Bolschewiki durch die Japaner während des Russisch-Japanischen Krieges (wenn man nicht auch die Zuschüsse einiger amerikanischer Sympathisanten, zum Beispiel Henry Adams, für die Revolutionäre im Zarenreich miteinbeziehen will), die durch Ziliacus und Akaschi vermittelt wurde (Akaschi traf Lenin schon auf dem Amsterdamer Sozialistenkongreß von 1904). Wahrscheinlich wurden die japanischen Beiträge über «cut-outs» gesandt (Possony, S. 110ff., samt Belegen auf S. 559).

In meinem Zusammenhang brauche ich hier nur auf das Wichtigste hinzuweisen. Der Rezensent beruft sich auf Leo van Rossum, der in seinem Artikel unter anderem sagt, «certains affirment que la Révolution d'Octobre s'explique par l'appui allemand», so zum Beispiel Kerenski, der sich auf Bernstein berief. Van Rossum meint, «ce problème occupe une place démesurée dans l'historiographie»; außerdem, «il faut remarquer que réduire une révolution à un complot subventionné par une puissance étrangère révèle une compréhension limitée d'un processus historique aussi vaste» (S. 254/255). Der Autor gibt aber zu, daß Propaganda in so Fällen eine Rolle spiele, «et pour qu'une propagande soit efficace il faut non seulement des idées, mais de l'argent» (ebenda). Sicher hat van Rossum damit grundsätzlich recht; ich habe in meiner Einleitung zu den Lenin-Briefen denn auch gar nicht das Gegenteil behauptet. Was die Geldzuwendungen des offiziellen Deutschland im 1. Weltkrieg an die russischen Revolutionäre anbetrifft, so liest man dem-

gegenüber bei Prof. Fritz Fischer (Hamburg), daß auf Keskülas Drängen hin im Herbst 1915 die Deutschen sich entschlossen, ausschließlich der *linksradikalen Strömung in Rußland* Geld zuzustecken, also Lenin und seinen Leuten, und zwar «bevor die ‹sozialpatriotische Strömung› in der russischen Arbeiterschaft die Oberhand gewinnen könnte». Dabei hob Kesküla (ein Vertrauter des deutschen Gesandten Romberg in Bern) die besondere Bedeutung Lenins hervor, «weil er von ihm allein die Bereitschaft zu einem Sonderfrieden mit Deutschland im Falle eines Sieges der Revolution erwartete» und nicht von den anderen revolutionären russischen Parteien (F. Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1964. S. 178)[2]. Fischer erklärt dann dazu: «Tatsächlich wurden bis Januar 1918 [gegen Rußland] im ganzen 40 Millionen Mark für die revolutionäre Agitation bewilligt, von denen zu diesem Zeitpunkt allerdings erst 26 Millionen ausgegeben worden waren» (S. 182). Nach der Abrechnung vom 30.1.1918 (Politisches Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes: Wk 11, geh. Bd. 3) machte dieser Kreditposten etwa 10% der deutschen Gesamtaufwendungen für Propaganda gegen die alliierten Kriegsfeinde aus. Er sagt weiter, daß die deutsche Reichsleitung «pro Monat bis zum 1.7.1918 für deutsche Propaganda in Rußland rund 3 Millionen Mark» verausgabte. Bis Kriegsende sollen dann noch 6–9 Millionen Mark «in 2 oder 3 Monatsraten angewiesen und verbraucht» worden sein, doch wohl, seit der Oktoberrevolution, auch wieder an Lenin, den Schützling der Deutschen (sogar noch unter Mirbach! siehe hiezu W. Baumgart, Die Mission des Grafen Mirbach in Moskau, April-Juni 1918. In «Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte», Bd. 16 [1968], S. 66ff.). Man vermutet übrigens, daß es den Deutschen weniger gekostet hat, Lenin ans Ruder zu bringen, als ihn hernach dort an der Macht zu halten! Ich werde jedenfalls nachweisen, daß die Deutschen nach der Oktoberrevolution alle Eile zeigten, Moor als Geldträger zu den Bolschewiki zu entsenden. Man muß also annehmen, daß Lenin und sein Anhang sowie sonstige linksextreme und nationalistische Umstürzler im Exil und in Rußland vor und nach dem Umsturz im Oktober 1917 bis zum Kriegsende 32 bis 35 Millionen Mark von den Deutschen erhalten haben (F. Fischer, S. 182, Anm. 127), gewiß eine nicht zu verachtende, beträchtliche Summe Geld, von welcher der Löwenanteil den Bolschewiki zugefallen sein muß. Staats-

---

[2] Kesküla, der während des 1. Weltkrieges von den Deutschen im ganzen gegen eine viertel Million Mark für rußlandfeindliche Zwecke erhalten hat, ließ 1915/16 davon Beiträge über Siefeldt an Lenin und dessen Organisation zukommen: «It was through Siefeldt, as well as Kesküla, that the indirect link between bolsheviks and Germans operated. Kesküla supplied Siefeldt with money, which Siefeldt infiltrated into the bolshevik organization in Switzerland, entering a few francs at a time on the collecting lists which circulated among sympathizers. In the other direction, Siefeldt gave Kesküla information from Lenin's circle, which Kesküla then digested and transmitted to the Germans, when he thought it would interest them.» Und: «When Kesküla says, as he does, ‹ Lenin was my protégé . . .› It was I who launched Lenin, his statement does not entirely lack foundation» (M. FUTRELL, *Northern Underground. Episodes of Russian Revolutionary Transport and Communications through Scandinavia and Finland 1863–1917*. London 1963. S. 146, 151, 227, 230).

sekretär Kühlmann vom Auswärtigen Amt telegraphierte kurz nach Lenins Staatsstreich im Oktober am 3.12.1917 dem Kaiser was folgt: «Die Sprengung der Entente und in der Folge die Bildung neuer uns genehmer politischer Combinationen ist das wichtigste diplomatische Kriegsziel. Als schwächstes Glied in der feindlichen Kette erschien der russische Ring; es galt daher, ihn allmählich zu lockern und wenn möglich herauszulösen. Diesem Zweck diente die destruktive Arbeit, die wir hinter der Front in Rußland vornehmen ließen, in erster Linie die Förderung der separatistischen Tendenzen und die Unterstützung der Bolschewiki. Erst die Mittel, die den Bolschewiki auf verschiedenen Kanälen und unter wechselnder Etikette von unserer Seite dauernd zuflossen, haben es ihnen ermöglicht, die ‚Prawda', ihr Hauptorgan, auszugestalten, eine rege Agitation zu betreiben und die anfangs schmale Basis ihrer Partei stark zu verbreitern. Die Bolschewiki sind nun zur Herrschaft gelangt;...» (Erstmals publiziert von Georg Katkov in «International Affairs», April 1956). Allein, jeder derartige Sukkurs wäre ziemlich verschleudertes Geld gewesen, *wenn nicht die Deutschen noch anders und sehr viel folgenschwerer nachgeholfen hätten.* «Der Höhepunkt und zugleich die wirksamste Aktion in der Ostrevolutionierungspolitik [der Berliner-Regierung] lag in der Entsendung Lenins nach Rußland im Frühling 1917. Den mittelbaren Erfolg konnte die deutsche Reichsleitung mit der Oktoberrevolution und dem Ausscheiden Rußlands aus der Koalition der Gegner für sich buchen...» (F. Fischer, S. 183). Also: Ohne den deutschen Schachzug, Lenin im April 1917 aus Zürich durch Deutschland nach Rußland zu schleusen, wäre der große Revolutionär in der Schweiz bis zum Kriegsende wie in einer Mausefalle manövrierunfähig gesessen, und die sozialpolitische Entwicklung Rußlands hätte einen anderen Ausgang nehmen können.

Schon im Dezember 1905 gelang den Leninisten, 201 000 Rubel aus dem Staatsschatz der kurze Zeit bestehenden kaukasischen Republik Kwiril in ihre Taschen zu lenken. Nach der Revolution von 1905 wies Lenin die Kampfgruppe Krassin an, Raubüberfälle zu machen; er wollte auf diese Weise sich eine eigene, von der offiziellen Parteikasse unabhängige und namentlich geheime Schatulle schaffen. Nach den Memoiren des Kommunisten Bontsch-Brujewitsch wußte das ZK nichts von diesen versteckten bolschewistischen Geldern (Schapiro, S. 102). Ein streng abgeschirmtes Finanzkomitee unter Krassin und Bogdanow organisierte im Auftrag Lenins nun viele Handstreiche; Aktivisten, die vorher formell aus der Partei auszutreten hatten, führten die Beutezüge durch. Schapiro schätzt den Ertrag von 1906–1908 auf nicht viel weniger als «etliche hunderttausend Rubel» (ebenda, S. 105), während Possony sagt, «vom April 1907 bis April 1908 waren das möglicherweise bis zu einer Million Rubel» (S. 131). Menschewiki und viele Bolschewiki selbst fanden diese «Expropriationen» schändlich. Ulam schreibt: «For years the Bolsheviks had been denounced for their toleration during the Revolution [von 1905] of banditry under the name of expropriations, and for their scandalous methods of obtaining funds for their

purposes» (S. 278/279). Er fährt fort: «To compensate for the Bolsheviks being in the rear of the movement, Lenin soon shifted to extreme militancy and authorized the so-called activities, attacks upon the police stations, banks, post offices, and the like» (S. 279). «Lenin und sein engster Kreis waren sich aber über die Bedeutung dieser Einnahmequellen nur zu gut im klaren» (Schapiro, S. 104). Ferner liest man: «Die bolschewistischen Quellen sind in bezug auf diese Tätigkeit, die nicht nur gegen die bestehenden Gesetze, sondern auch gegen die Parteidisziplin verstieß, sehr zurückhaltend» (S. 104). Einiges sickert in Lenins Briefen vom Jahr 1917 nach Stockholm durch; diese Briefstücke wurden bezeichnenderweise dann der Öffentlichkeit preisgegeben, als Stalin 1923/24 sich bemühte, die Nachfolge Lenins anzutreten und daran interessiert war, dessen Anhänger und gegebenenfalls auch den kranken «starik» Uljanow zum Schweigen zu verhalten[3]. Natürlich, Enthüllungen solcher Art schaden dem «Image» Lenins! Der gleiche Autor fährt dann fort: «Memoiren aus jener Periode bringen immerhin einiges Licht in diese dunkle Angelegenheit. Die allgemeine Leitung der Operationen lag bei Lenin, die technische Leitung zum größten Teil in den Händen Krassins» (S. 104/105); Schapiro zitiert als russische Quellen: Proletarskaja Revoljucija, Bibineischwili, Krupskaja, Pozner, ferner Martow, siehe das S. 684, Anm. 9. Ulam stellt weiter fest: «... there is no doubt that Lenin was directly implicated in the most notorious expropriation, which took place in Tiflis...» (S. 279). Krassin war es denn auch, der den Bankraub vom 25.6.1907 in Tiflis organisierte, der eine Viertel Million Rubel einbrachte. «Auf die Menschewiki wirkte das wie ein elektrischer Schock. Plechanow drängte darauf, sich gänzlich von den Bolschewiki loszusagen», und im Februar 1908 meinte er, «daß die Partei [SDAPR] entweder ‹diese Kamarilla› vernichten müsse, oder ‹ die Kamarilla› werde am Ende die Partei vernichten» (Schapiro, S. 122). Selbst Lenin überlegte sich damals, ob er die auf die Parteigenossen demoralisierend wirkenden «Expropriationen» und die beiden Räuberhäuptlinge in seinem Solde nicht fallen lassen sollte, was ihm um so leichter zu entscheiden fiel, als mit der Erbvergabung des N. P. Schmidt, die nach kommunistischer Angabe «etwa 280000 Rubel» ausmachte, gerade in jener Zeit für ihn sich neue Perspektiven eröffneten, um seine chronischen Geldnöte zu überwinden. Louis Fischer stellt fest: «Diese Operation hätte nicht ohne Lenin ausgeführt werden können, der auch sehr viel kleinere Unternehmungen leitete» (S. 96). Soweit so gut! Doch wie erklärt sich die Tatsache, daß die Ochrana genau um Krassins Tätigkeit wußte, aber nie ernsthaft versuchte, ihm das Handwerk als Dieb zu legen? «Krassins Unverletzlichkeit grenzte an Wunder – oder gab es eine einfache Erklärung?» (Possony, S. 564, Anm. 14).

---

[3] Possony, S. 622, 623, Anm. 13: «Kurze Zeit vorher veröffentlichte Proletarskaja Rewoljuzija (1923, Nr. 9, 21) zwei Briefe Lenins vom April 1917 an Radek und Hanecki, in denen Lenin Geld verlangte. Bis zum heutigen Tage sind diese beiden Briefe die besten *direkten* Beweise, die je von Moskau über Lenins Beziehungen zu Berlin mitgeteilt wurden. 1923 handelte es sich offenbar um einen Stalinistischen Wink mit dem Zaunpfahl.»

Die russischen Polizeiregister von 1902–1907 schweigen sich über seine Aktivität aus: «Nach der Verhaftung im Jahre 1907 wurde über seinen Fall eine Korrespondenz der Polizeibehörden geführt, die später verschwand» (ebenda). Krassin erhielt sogar am 6.3.1907 einen Paß und durfte ins Ausland ausreisen – statt verurteilt und nach Sibirien verschickt zu werden. 1908 erneut verhaftet, ließ man ihn wiederum ausreisen. «Obwohl weiterhin Berichte über ihn und seine Husarenstückchen einliefen, gibt es für die Zeit nach 1908 keine Akten darüber. Und doch wäre Krassin leicht zu überwachen gewesen...» (ebenda, samt sowjetruss. Quellenbeleg von Zialowski, Moskau 1918).

Es wäre lächerlich zu behaupten, Lenin sei ein Agent der Ochrana oder der Deutschen gewesen, aber er hat zeitweise die Pläne beider gefördert, um seine eigenen tüchtig voranzubringen. Ohne die deutsche Assistenz wäre Lenin nie an die Macht gelangt. Am Ende war er der lachende Dritte. Läßt man sich von seinen Geniestreichen beeindrucken, dann soll man auch nicht die Mittel vertuschen, die zum Erfolg führten. Die Kritiker stellen sich so, als ob man Lenins dubiose Finanzpraktiken nicht erörtern dürfte – dies gehört offenbar nicht zum «guten Ton». Warum nicht? Entweder sind Uljanows Geldgeschäfte wichtig und entscheidend, oder sie sind es nicht. Wenn sie es sind, dann müssen sie behandelt werden; sind sie es nicht, weshalb dann soviel Empfindlichkeit und Entrüstung? Niemand kann erstaunt darüber sein, daß Revolutionäre ihre eigene Moral haben, aber dem Außenstehenden steht zum mindesten das Recht zu, diese und die daraus resultierenden Praktiken festzustellen und darüber nachzudenken. Mittel und Zweck zum Beispiel durchdringen alle Aspekte des Leninismus, und die Kommunisten lösen Spannungen gerne mit der Maxime, daß alle Mittel gut sind, wenn sie zum Erfolg führen. Bei Lenin haben sich einige Mittel durchaus als kontraindiziert erwiesen. Weniger Konspiration und mehr Demokratie hätten für Lenin und Rußland Besseres ergeben können. Der Rezensent erklärt, die Rekonstruktion über Lenins Geheimtransaktionen sei unhaltbar und bloße «hypothèses hâtives et peu fondées», also eigentlich bösartige Unterstellungen. Nun, man hat bisher die dokumentarischen Beweise nicht durch Gegendokumente zu entkräften vermocht, sie sind eben «beyond reasonable doubt». Es hat denn auch bis jetzt niemand Gegenbeweise erbracht. Wer hätte die Stirn, zum Beispiel die Aussage des Telegramms von Kühlmann an den Kaiser, vom 3.12.1917, zu widerlegen? Die Russen halfen sich mit der Ausrede, es handle sich um eine Fälschung. Wie so oft, sind die Unterlagen lückenhaft oder nicht ohne weiteres verständlich. Seit wann ist es aber dem Historiker verwehrt, Dokumente zu interpretieren und sie mit den bekannt gewordenen Vorkommnissen zu verknüpfen, sofern er die Folgerungen als Deutungen stehen läßt? Es ist dies sogar seine Pflicht. Der Forscher ist mitunter auf Erklärungsversuche als Arbeitshypothesen angewiesen, wenn er echte Dokumente und Berichte begreiflich machen soll. Falls die erläuternde Hypothese falsch gestaltet ist, zum Beispiel wenn ihr ein Faktum entgegen-

steht, so könnte dies vom Kritiker dargelegt werden. Dies ist aber bisher bei den hier aufgeworfenen Problemen noch nie geschehen, und bezeichnenderweise hat noch niemand nachzuweisen riskiert, Lenin habe von den Deutschen kein Geld bekommen. Charakteristisch ist da die Bewertung des Rezensenten, die Bolschewiki hätten von den deutschen Stellen nicht «particulièrement bénéficié» – also doch ein wenig! Wenig oder viel nach welchen Maßstäben? Nochmals: es handelt sich *gar nicht allein* um Geldüberweisungen an Lenin und seine Bewegung!

Warum gibt es in der neueren russischen Geschichte noch so viel Unerklärbares? Weshalb müssen die Forscher oft noch Zuflucht zu Hypothesen nehmen, wenn sie dunkle Stellen der russischen und sowjetischen Geschichte aufhellen wollen? Einfach darum, weil die Kommunisten eine scharfe Zensur ausüben, das heißt Dokumente absichtlich vernichten oder solche zurückhalten. Es sind eben nicht nur die verläßlichen Dokumente zu deuten, sondern auch die zweckdienlichen «Kom-Lügen», wie Lenin dies nannte, zu entlarven! Während westliche Staatsarchive in letzter Zeit unter dem Druck der Interessenten ihre zeitgeschichtlichen Aktenschätze der Historiographie mehr und mehr – zum Teil über den 1. Weltkrieg hinaus – zugänglich machen mußten, ist gleiches von den sowjetischen Archiven bislang nicht gewährt worden. Wann erhalten wir Einsicht in die Papiere der Ochrana-Zentrale in Rußland seit der frühesten politischen Betätigung Lenins in den 90er Jahren? Erst wenn einmal die russischen Archive *frei und unausgesichtet, vorbehaltlos und vollständig* für den westlichen Forscher benützbar sein werden, wird man die «interprétations fort contestables», die «hypothèses hâtives et peu fondées» sowie die «insinuations malveillantes» der westlichen Geschichtsschreiber, falls überhaupt dann nötig, richtigstellen können. Vorher nicht! Nur Mißfallen äußern, Kritik vorbringen, ohne zugleich auch dokumentarische Beweisstücke aus erster Hand als Gegenargumente auf den Tisch zu legen, ist unwissenschaftlich und überzeugt nicht. Geibel sagte: «Das ist klarste Kritik von der Welt, wenn neben das, was ihm mißfällt, einer was eigenes Besseres stellt.»

1940, UN RÉFÉRENDUM SURPRENANT

Par Louis Burgener

Cette brève étude de première main ne mentionnera ni le dépouillement ardu de toute la presse politique et technique, ni l'examen des dossiers du gouvernement et des particuliers.

Elle exposera une affaire vraiment singulière: le gouvernement fédéral, grâce à des circonstances extraordinaires, tente de faire admettre une loi qui entrave un peu la liberté personnelle et la formation professionnelle des jeunes gens. En dépit de toutes les pressions officielles et officieuses, malgré une si-